

Waffen 35000 Gruppen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,

Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste

Zeitungswerben Wahrnehmung 10
bis 1500,- 6 Uhr ausgespielt,
Montag bis Mittwoch 12 Uhr. Die
Zeitung nur an Wochenenden ab
Rittergasse 10. Mit dem Rad 40 Minuten.
Der Name einer einzelpersonal
Qualitätshandlung 15 U. 15 U. 15 U.
Die Seite 30 U. 15 U.

**Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19.
Ecke der Sporgass.**

An- und Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actionen etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche Controlle der Verlosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilsteile für Wechsel.

Nacht-Telegramme.

Mr. 130. 25. Jahrg. 1880.

Witterungsausichten: Rühl, wolkig bis trübe, stellenweise weitere Niederschläge.

Hôtel zum Bad in Tharandt,

schöster, angenehmster Aufenthalt in Tharandt, empfiehlt einem hochgeehrten Publikum, grossen und kleinen Gesellschaften sein Hotel und Pensionat, Garten, Restaurants-Lokale und Saal, Piano zur gefälligen Benutzung. Stets frische Forellen, gute Küche und Keller. Ausspannung. Hochachtungsvoll **H. W. Donner.**

Politisches.

Wohl seit vielen Jahren hat Fürst Bismarck als preußischer Ministerpräsident keine Circularkarte an die königl. preußischen Gesandtschaften bei den deutschen Höfen gerichtet. Einmal Außergewöhnliches muß vorliegen. Sonst würde dieser große diplomatische Apparat nicht in Bewegung gesetzt werden. Vom 6. Mai ist sie datirt, am 7. schon wird sie abgedruckt, noch ehe sie z. B. in München vorgelesen worden sein kann. In der That handelt es sich um die Verfassung des Reiches, ihre Bedrohung, ihre Unverzüglichkeit. Fürst Bismarck behauptet, der preußische Antrag auf Volkeinverleihung St. Paulis bedeute keine Verfassungsveränderung. Die anderen deutschen Staaten — so viel wir sehen, ohne alle Ausnahme — sind gegenteiliger Ansicht. Namentlich hat sich der Süddeutschen Königreiche eine leicht begreifliche Sorge bemächtigt, daß ihre in der Verfassung verbürgten Sonderrechte auch nur den Werth eines Butterbrodes haben könnten, wenn die Hamburger Stelle schlankweg schabuliert werden dürfe. Der bairische Gesandte in Berlin, Herr v. Ruythardt, befragt um die Anschauung seiner Regierung bezüglich der Hamburger Frage, erläuterte dem Fürsten Bismarck offen und mutig, daß Bayern in der Rechtsanschauung ganz auf Seite Hamburgs stehe. Darüber hat sich Fürst Bismarck in sehr ungnädiger und scharfer Weise geäußert, so daß man glaubt, Bayern werde seinen Gesandten aus Berlin sehr bald abberufen müssen, obwohl noch vor Kurzem, als Herr v. Ruythardt von Paris dahin versetzt wurde, die ganze offiziöse Presse nicht Lobesreden genug über die glückliche Wahl dieses ausgezeichneten „reichstreuen“ Gesandten zu finden wußte. Immerhin hat Fürst Bismarck aus der unerstrockneten Erklärung des bairischen Gesandten und aus den Verträgen der preußischen Gesandten bei den deutschen Höfen entnommen, daß die deutschen Fürsten in dem preußischen Antrage gegen Hamburg eine Verletzung der Reichsverfassung erblicken, von der sie die schlimmsten Consequenzen für ihre und ihrer Länder Rechte befürchten. Diese Mißstimmung der deutschen Fürsten und Bundesregierungen zu beschwichten, ist das Bismarck'sche Mundschreiben bestimmt. Ob es diesen Eindruck erzielt, wissen wir nicht. Alarmirt und gewarnnt sind die Fürsten worden. „Hirtenknebe, Hirtenknebe, Dir auch singt man dort einmal“, dieser Uhländische Vers wird manchem hohen Herrn in den Ohren gekummt haben, als er zu der Wahlregelung Hamburgs seinfürstliches Jawort geben sollte. Und den deutschen Fürsten steht die öffentliche Meinung rings im Lande einmütig zur Seite. Da weicht denn auch Fürst Bismarck zurück. Bundesrat und Reichstag beeilen sich, dem den Rückzug antretenden Reichskanzler goldene Brücken zu bauen. Bismarck widerstrebt es auf's Neueste, daß irgend ein Urtheil über die Rechtmäßigkeit des preußischen Antrages abgegeben werde. Im Bundesrathe wie Reichstage würde eine imposante Mehrheit diesen Antrag als verfassungswidrig bezeichnen. Diese Erklärung soll um jeden Preis vermieden werden. Bismarck verzichtet daher auf den Antrag, St. Pauli von Hamburg, ohne dessen Zustimmung, abzuschneiden und so fällt jeder Anlaß zu einer Verurtheilung des Antrages hinweg. Der Bundesrat giebt den Hamburger Protest nicht an den Verfassungsausschuss, der Reichstag lehnt es ab, den Lasslerschen Antrag überhaupt in Betracht zu ziehen.

einführt, so hat Hamburg wie Bremen alle Ursache, zufrieden zu sein. Denn dann zieht sich die Einfuhr von Colonialwaren, die bisher meist von Havre, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen nach Süd- und Südwestdeutschland bewirkt wurde, bald nach Hamburg und Bremen, wo jene Waaren keinen Ueberzoll zu zahlen haben. Eintrüben müssen wir abwarten, wie der Reichstag den Antrag Delbrück's aufnimmt, die Elbe-Alte zu Gunsten der Freihafenstiftung Hamburgs abzuändern. Hoffentlich wird dieser unheilvolle Freihändler Delbrück gehörig heimgesucht! (S. den telegraphischen Bericht unseres Specialreferenten in Berlin.)

Dieselben Freihändler, welche sich bei der Elbe-Alte gegen den Schutz der vaterländischen Industrie erhärten, seien auch Alles in Bewegung, das Buchergetz zu hintertreiben. Das gelang ihnen freilich nicht. Die Basler'schen und die Fortschrittliter, die sich für die Wohlfahrt der Bucherer erwärmen und die Augen vor der Nottheit ausgebauten Volkes verschlossen, kramten umsonst ihre modrig gewordene Bücherweisheit aus. Auch dafür sei dem Reichstage gedankt, daß er sich für Beschränkung der Wechselseitigkeit erklärte. Der Wechsel ist aus einer kaufmännischen Wohlthat eine gesellschaftliche Plage geworden. Dieses heilsame Creditinstrument der Handelswelt bedienen sich jetzt Leute, an die Niemand bei Einführung des Wechselsrechts dachte: Offiziere, Beamte, Studenten, Kleinhandwerker und Bauern, von denen Viele die Folgen eines Wechselacceptos nicht zu übersehen vermögen. Den Creditvereinen wird durch Beschränkung der Wechselseitigkeit auf die Kaufleute nicht geschadet, sobald im Wege der Gesetzgebung ausgesprochen wird, daß ihre Mitglieder zu Creditgeschäften innerhalb des Vereins wechselseitig bleiben. Der Schreiber X., der bei seinem Spar- und Vorschussvereine Geld auf Wechsel erhält, ist solchenfalls eben nur Theilhaber einer Handelsgesellschaft, ist Kaufmann; sobald er aber nach außerhalb des Vereins Wechsel ausstellt, hört er auf, es zu sein; in diesem Augenblidke überschreitet er auch meist seinen Credit. Eine gesetzliche Einschränkung der Wechselseitigkeit ist nur eine Verbesserung.

Der neue englische Minister des Auswärtigen fordert in einer Note die Grohindustrie auf, die Ausführung der noch unerledigten Bestimmungen des Berliner Vertrags in die Hand zu nehmen. Die wichtigste ist die Befriedigung Griechenlands durch Landabtretungen an seiner Nordgrenze. Bisher entzog sich der Sultan diesen Abtretungen, weil das Törylabinet heimlich seinen Widerstand ermunterte. Um den Sultan zur Raison zu bringen, beurlaubt England seinen Botschafter Bayard in Konstantinopel und schickt Herrn Göschens hin. Dieser soll dem Sultan nur eine kurze Frist stellen; das System des Bauberns soll ein Ende nehmen. Europa wird es mit ungetheilter Freude begrüßen, wenn das kleine griechische Königreich zu größerer Bedeutung gelangt. Staunen aber muß man, daß es gerade die Whigs sind, welche dies unternehmen, denn Nichts als der elendeste Krämerneid der großen englischen Handelsnation gegen die Tüchtigkeit des kleinen griechischen Handelsvolles hat bisher die Schaffung eines lebensfähigen griechischen Königreichs verhindert, die Whigs aber galten als die tollsten Verschoter der Baumwollennpolitik und des Grämer-Kapitalismus Englands.

Es wäre zwar männlicher gewesen, in der Rechtsfrage eine selle Erklärung abzugeben, statt sich um die Entscheidung herum zu drücken, aber man darf doch seine Genugthuung äußern, daß das gute Recht, sich stützend auf die öffentliche Meinung, den Sieg davontrug. Für Hamburgs Freihafenstellung ist aber wenig gewonnen, daß Bismarck nicht mehr St. Pauli und Altona, sondern bloß Altona in den Zollverein einbezogen will. Das Aufhören des hamburgischen Privilegs ist aber nur ein Vortheil für Gesamt-Deutschland. Zu den vielen Begünstigungen der Erzeugnisse des Auslandes, welche sich der Hamburger Großhandel zu Schulden kommen ließ und wodurch er sich an der deutschen Industrie unausgefeit verständigte, ist in neuerer Zeit namentlich die Bevorzugung des russischen Spiritus getreten. In riesigen Quantitäten wird hoher Spiritus aus Russland nach dem Freihafengebiete Hamburgs geführt, gereinigt, reklassiert und theils nach Frankreich, Spanien und Italien als Zujoch zu den besten Weinen geführt, theils in Hamburg selbst bereits zu französischen Rothweinen, zu Punsch-Essenzen und allerhand Schnäppchen verarbeitet und dann nach England, Dänemark und Schweden ausgeführt. Wäre es bloß die bessere Qualität des russischen Rottspiritus vor dem deutschen Kartoffelspiritus, so ließe sich wenig dagegen sagen. In Wirklichkeit lehnten jedoch die Hamburger Großhändler überhaupt jede Verwendung des deutschen Fabrikats ab. So ist's bei allen andern Industrieprodukten auch gewesen. Hamburg war allezeit ein Ausfallsthöhl für das Ausland, um dessen Waaren sicher nach Deutschland zu bringen, während es ein Brüderklopf hätte sein sollen, auf dem die vaterländischen Waaren möglichst weit und massenhaft auf dem Weltmarkt vordringen könnten. Wenn die große Seestadt angehalten wird, sich mehr als deutsche Stadt zu fühlen, so wird sich das ganze Vaterland freuen. Ein geschmäßiges Mittel dazu ist die engeziehung des Zollgürtels um die Stadt zu Lande und zu Wasser. Die Elbschiffahrtsalte räumt dem Bundestrathe das Recht ein, auch auf der Elbe schwimmende Güter, die bisher frei waren, der Verzollung zu unterwerfen. Die Elbe galt bisher als ein zollfreies Ausland, jetzt wird auch quer über die Elbe eine Zolllinie gelegt. Die Zollstelle, die oberhalb Hamburg bei Harburg liegt, soll nach Glückstadt kommen. Dann wird Hamburg wohl bald selbst auf sein Freihafenprivileg verzichten. Für diesen Fall empfiehlt sich dann ein schonendes Vorgehen. Hamburg möge seine speziellen Wünsche formulieren, es darf bei der großen Mehrheit der Bundesregierungen auf freundlichste Berücksichtigung rechnen. Wenn man noch durch Bismarck die sog. surtaxe de pavillon

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 8. Mai. Reichstag. Auf der Tagordnung stehen 10 Wahlprüfungen und die Giscliffi-Fahrtfrage. Zur Wahl des Vorsitzenden Abg. Alog (Fortschritt) entspinnt sich eine längere Debatte. Hohenleverb., der im Wahlamt gegen Alog unterlag, beschlägt nun aber das Verfahren des Wahldienstes und verlangt, daß auch denen das Wahlrecht gegeben werde, die „Abstimmungskundmachungen“ erhalten. Richter-Hosen varist in schärfster Rüde die Anträge des Verteidigers. Es sei nur in der Meinung, daß die, welche auf Kosten ihrer Mitbürger unterstützen würden, auf die Dauer der Unterstützung nicht mit wählenswerten. Kaiser beantragt: die Wahl Alog's als ungültig zu erklären, sowie eine Streichung wegen Urmensunterstützung von den Wahlstellen als unzulässig zu bezeichnen. Pöhlke-Berlin erklärt, daß bei dem komplizierten Wahlapparat die Gedanke Berlin bestünde, von einer Beeinflussung der Wahlstellens des Magistrats keine Rede sein könnte. Unterstützten Vertretern gegenüber wäre mit der größten Liberalität verfahren. Die Wahl Alog wird als gültig erklärt, doch soll dem Berliner Magistrat, unter Wissensbildung des von ihm bisher beschuldigten Verfahrens, die stärkste Bestrafung der Bestimmungen über Einsichtigung der Wahlstellen u. s. w. anbefohlen werden. Die Anträge Kaisers werden gegen die Stimmen des Künigstellers und Hohenleverb.'s abgelehnt. Die Wahlen der Abg. Dr. Stadl, v. Treitsch-Sara und Dr. Hever werden für gültig erklärt, die der Abg. Dr. Friedenthal v. Bethmann-Hollweg, Erdmann zu Hohenlohe-Cettingen, v. Schleemann und Graf v. Plessen dagegen beanstandet. Von Beginn der 2. Sitzung der revidierten Giscliffi-Fahrtfrage tritt der Reichskanzler fürst Bismarck unverwagt in den Saal und nimmt den langverwalteten Platz am Bundesstaatstische ein. Der Kanzler sieht wohl aus, doch ist seine Haltung etwas unruhig, auch scheint sich seine Corpulenz verringert zu haben. Er trägt als General der Cavalerie das Culrosser-Artillerie-Uniform des Magdeburgischen Kavallerie-Regiments. Während Dr. Delbrück, Bismarck's ehemaliger Kollege, in diesem Falle sein Gegner, mit sachlichen Trockenheiten den Antrag der Kommission motiviert, reicht der Kanzler zufällig mit dem historischen langen Bleistift hastig Notizen auf das Papier. Der Kommissionsantrag lautet: die revid. Giscliffi-Fahrtfrage nur mit dem Vorbehalt zu genehmigen, daß die s. B. auf der Elbe bestehende Polizeigrenze nur durch Gesetz an einer unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden kann. Dieser Vorbehalt ist bekanntlich als für die Bundesbegleiterungen unannehmbar erklärt worden. Als Delbrück geendet hat, erhält Kanzler Bismarck das Wort und entschuldigt zunächst sein bisheriges Nichterscheinen im Reichstage mit seinem Gefundenheitszustande. Nur die ungewöhnliche Bedeutung der Vorlage und das Meister-Delbrück's darüber habe ihn veranlaßt, doch zu kommen. Die Regierung befindet sich bezüglich der Giscliffi-Fahrtfrage seineswegs in einer Zwangslage, sobald sie sich keine Verfassungsbeeinträchtigung aufzuwerfen in der Lage sei. Durch den beantragten Vorbehalt sollte eine Preßion ausgedehnt werden, aber die Reichsbegleiterung werde sich seiner Pression fügen. Der Giscliffi-Fahrtverbot werde durch eine Verlegung der Polizeigrenze

nicht gesidert, wie die Zhemie beweise, an deren Mündung viermal mehr Schiffe verkehrten als an der Gilbemündung. Deldref habe früher den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Partitularismus und Parteikämpfe seien gewachsen. Die nationale Begeisterung immer mehr niedergeschlagen. Es fosse, wenn er später einmal in der Mitte der Abgeordneten sitze, auch dann noch stolzen die nationale Sache zu vertreten. Redner ging fortan auf eine Kritik der Opposition über. Früher habe dieselbe aus Centrum, Polen und Hochsächte vorhanden, heute sei der Kreishandel dazu gekommen, wie die Abstimmung über die Sanwo-Abfrage beweise. Die Einigkeit der Bunde-regierungen sei der Hauptort der Heldoverfassung. Der gestellte Vorbehalt erinnere an den Partitularismus. Das Einzige, was ihn noch im Auge halte, sei der Willen seines hochgeehrten Herrn, den er jetzt nicht mehr verlassen wolle. „Ich bin müde, todmüde, besonders wenn ich leben muß, gegen welche Hindernisse ich zu kämpfen habe.“ Rüst! Rüst! Ich muß von dieser Stelle aus vielleicht zum letzten Male in meinem Leben dem nationalen Gedanken Ausdruck geben. Verlangen Sie nicht meine Mitwirkung, wenn Jeder sich berufen sieht, die Grundlagen des Reichs, welches ich mit ausbauen hoff, in Frage zu stellen. (Beifall! Röcken!) Wolffson vertheidigt sich gegen den Partitularismus. Die preußische Regierung habe den Verfassungs-Streit provoziert. Windhorst bedauert, daß Adelbert Bismarck gelundheitlich verhindert sei, eine Antwort auf die Anklage zu geben. Das Centrum führt das Reich ebenso wasm, wie der Kanzler. Wir vertheidigen den überparteilichen Charakter des Reichs gegen jeden Angriff. Nur unsere Reichstreue und Loyalität spricht unsere Bewilligung von 130 Millionen neue Steuern. Wird der Kulturstreit nicht beendet, so wird das Reich in seinem Fundamente erschüttert; der Kulturstreit beeinflußt nicht unser Potum. Dicent schließt die Sitzung.

Berlin, 8. Mai. Es bestätigt sich, daß es nicht nur zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem alten Bismarck und dem baltischen Gesandten v. Ruthardt, sondern auch zu einem Auftritte gewissen dem alten Bismarck, welcher seine Ansicht sehr erregt vertrat, und dem hamburgischen Senator Dr. Verdmann gekommen ist, der fest und unerschrocken die Verfassung vertheidigte. Der baltische Gesandte hat seinen Admig um seine Überredung aus Berlin abgetrieben: er wohnte der Sitzung der Bundesstaatskonferenz, der Bismarck präsidierte, schon nicht mehr bei.

Berlin, 8. Mai. Der Chefredakteur des „Militärwochenblattes“, Generalleutnant v. Wigleben, starb gestern. — Die Vorstande des Reichsministeriums, die antisemitische Schrift „Schwarzhäubl“

Urgesetzliche Verhandlungen

Deutschland. Die Reichsregierung hat die Abstimmung über den Haushalt für das Jahr 1906 beschlossen. Der Haushalt ist auf 1.000 Millionen Mark ausgelegt und umfasst eine Ausgaben von 950 Millionen und Einnahmen von 900 Millionen. Die Haushaltserlöse sind auf 1.000 Millionen Mark festgesetzt. Der Haushalt ist auf 1.000 Millionen Mark ausgelegt und umfasst eine Ausgaben von 950 Millionen und Einnahmen von 900 Millionen. Die Haushaltserlöse sind auf 1.000 Millionen Mark festgesetzt.

Österreich. Die Abgeordneten nahmen die Erfüllung der Befreiungskonventionen, die Befreiung der österreichischen Staatsbahnen für die Durchfahrt durch die Tauris-Steigerebene an.

Spanien. Der der Union-Gesellschaft gehörige Postkämpfer „Amerikan“ ist auf dem Wege nach dem Cap am 23. April in der Nähe des Kapitols untergegangen. Die Besatzung schiffte sich in acht Boote ein, wovon drei von Schiffen aufgenommen wurden, die übrigen wurden nach Gappaia gebend gelassen.

Australien. Der Prozeß Schuman ist zum 18. Mai verschoben, es sind 11 Angeklagte.

Amerika. Der Haushalt des Repräsentantenhauses hat den Haushalt beschlossen die Nebenkosten des Zolltarifs um 8% zu erhöhen. Der Haushalt wird durch erhöhte

Vocalis und Sämmlung.
— Um Freitag Morgen hat Sc. Wm. König Albert die

Streik und Sozialstreik

— Am Freitag Morgen hat Se. Wlaj. König Albert die städtische Arbeitsaufsicht an der Adalbertstraße in Annen bei Leb. Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel eingehend besichtigt.
— Am Freitag Morgen traf S. A. G. Prinz Georg in Leipzig ein und inspizierte auf dem großen Exerzierplatz bei Connewitz das 106. Infanterieregiment; gestern folgte die Inspektion des 107. Infanterieregiments; S. A. Hechel ist im „Hauff's Hotel“ abgestiegen.
— Im Ministerium des Innern kommen in der nächsten Zeit die Stellen der beiden Abteilungsdirectoren zur Erledigung. Von dem Geb. Rath v. Koerner heißt es, daß er bereitste im Laufe des nächsten Jahres, von dem Geb. Rath Schmalz, daß er bereits am 1. Juli d. J. in den Ruhestand tritt. Werner ist die Stelle des verstorbenen Geb. Steg. Rath v. Riepenweiter noch

nicht wieder belegt. Es steht also ein seltenes Advancement in den höchsten Stellen des Ministeriums bevor.

Meoran. Obwohl die warme Luft Sennrois die Stimme des gesuchten Mannes wesentlich gefräßtig haben, ist ihm doch das laute und öffentliche Sprechen als gefährlich unterfangt worden.

— Seit gestern ist der Wasserstand der Elbe ganz bedeutend, um ca. 1½ Meter, gestiegen. Der Heilige-Terrassen-Bauwerk geräth bereits in Gefahrtheit. Das erwige Regenwetter und wahrscheinlich Wolkensbrüche, die in Böhmen niedergegangen sein mögen, bilden die Ursache des unmittelbar raschen Steigens. Die kleineren Gewässer sind gleichfalls geschwollen, die Altmühl, Nachbold, Vieles, Wehenz, Thälitz u. c.

— Der Gewerbeverein zu Dresden hofft sehr Zeit 3 Preise, zu 200, 150 und 100 Mark, ausgeschrieben für die besten Entwürfe zu einem Geldkranke, dessen Neukreis in Form und Farbe künstlerisch ausgeführt, dessen Anordnung im Innern praktisch und dessen Preis ein solcher sein sollte, daß der Schrank auch von kleineren Geschäftsbüros gefaßt werden würde. Es sind 17 Entwürfe eingegangen, die im Gewerbehause öffentlich ausliegen. Das Preisrichter-Kollegium sagte sich zwar, daß keiner der Entwürfe den gehaltenen Anforderungen vollkommen entspricht, doch besonders die blöher offizielle Form in der Hauptfläche wiederholt ist, es war aber der Meinung, daß, um zu ermutigen und für spätere Ausführungen gehobere Anregung zu geben, doch sämmtliche 3 Preise vergeben werden möchten und dieselben den Entwürfern zugewiesen, die als die am meisten entsprechenden erkannt wurden. Gleich waren die mit den Motto's „Geld und Gott bewahrt es gut“, „Ferdinod“ und „Tem Wagnish folgt Fortschritt“ versehenen. Beim öffnen des Couverts zeigte sich, daß den 1. Preis Bernhard Häfner in Leipzig, den 2. Karl Gottlieb Genstlischer in Dresden und den 3. Anton Keppler in Dresden erworben hatte. Bei Beginn des Winters wird der Gewerbeverein eine große Konkurrenz ausbreiten.

— Der Adg. Liebknecht hatte am 16. April in der Reichstagsitzung eine leidenschaftliche Anklage gegen den Oberstaatsanwalt Richter in Chemnitz geführt. Er warf demselben nicht nur vor, beim Vorgehen gegen den sozialdemokratischen Adg. Wiemer in flagranter Weise die Gesetze verletzt zu